

Pressemitteilung

Donnerstag, 10. März 2011

IW-Gutachten – Schulden-Check Bundesländer:

Schuldenbremse zwingt Länder zum Kurswechsel

Berlin. Die deutschen Bundesländer müssen in den kommenden Jahren erhebliche zusätzliche Sparmaßnahmen ergreifen, um die Vorgaben der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse einzuhalten. Das ist ein Ergebnis des „Schulden-Check Bundesländer“ – eine Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

Bis Ende 2010 sind die Schulden der Länder auf fast 600 Milliarden Euro gestiegen – seit 2001 ein Zuwachs von 66 Prozent. „Bei den Bundesländern besteht größter Handlungsbedarf. Sonst droht ein Verfassungsbruch nach dem anderen. Was wir brauchen, sind transparente und verbindliche Fahrpläne, wie die Länder bis 2020 ihre Neuverschuldung auf null reduzieren. Jedes Land sollte die Schuldenbremse deshalb auch in der Landesverfassung verankern“, so Hubertus **Pellengahr**, Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

„Für die Mehrzahl der Bundesländer stellt die Schuldenbremse eine erhebliche Herausforderung dar. Sie stehen vor harten Einschnitten und sollten so schnell wie möglich damit beginnen“, analysiert Dr. Rolf **Kroker**, Leiter Wirtschafts- und Sozialpolitik und Geschäftsführer des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

Der Schulden-Check kennzeichnet Sachsen und Bayern als Vorzeigeländer. Sie haben die geringsten Schuldenstände und damit auch den geringsten Konsolidierungsbedarf. Vor großen Einschnitten stehen hingegen die Stadtstaaten Bremen und Berlin.

Zu den Problemländern gehören außerdem Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Schleswig-Holstein. Diese Länder haben überdurchschnittliche Schuldenstände und hohe Defizite. Gleichzeitig ist deren mittelfristiges Konsolidierungspotential gering. Der Stabilitätsrat von Bund und Ländern hat für das Saarland und Schleswig-Holstein bereits eine drohende Haushaltsnotlage diagnostiziert. „Die Haushaltslage in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ist mindestens genau so prekär. Beide Länder sind dringend aufgefordert, jetzt Sparprogramme aufzulegen und in die Konsolidierung einzusteigen“, so **Kroker**.

Der **Schulden-Check Bundesländer** präsentiert aktuelle Zahlen und Fakten sowie Ländervergleiche zu relevanten Kennzahlen der Länderhaushalte: Schuldenstand, Neuverschuldung, Personalausgaben, Zinsbelastung, Investitionen und mittelfristiges Konsolidierungspotential werden für jedes Bundesland ausgewiesen. Das komplette IW-Gutachten mit allen Länderprofilen finden Sie im Internet unter **www.insm.de**

Den Schulden-Check Bundesländer gibt es auch als interaktives Online-Tool: **www.DasRichtigeTun.de/schuldencheck**

Als Anlage zu dieser Pressemitteilung finden Sie folgende Übersichten:

- Schulden-Check Bundesländer – die Gesamtübersicht
- Schulden-Check – Fünf Ländergruppen
- Schulden-Check – 16 Länderprofile
- Schulden-Check – komplette IW-Analyse in der Schriftenreihe Texte zur Sozialen Marktwirtschaft, Nr. 6/2011

Rückfragen:

Projektleitung: Marco Mendorf, Telefon 030 27 877 179, mendorf@insm.de
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Thomas Bauer, Telefon 030 27 877 174, bauer@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.